

Bezugspreis

In der Sonntagsausgabe oder in den Stadttagen und den Sonntags- und Dienstagsausgaben abgedruckt; vierzig Groschen - 4.-50,- bei zweimaliger wöchentlicher Auflösung mit Post 4.-50,- Durch die Post bezogen für Zeitungen und Zeitschriften; vierzig Groschen - 4.-50,- Sonstige möglichkeit Preisverhandlung bis Kosten: momentan 7.-50,-

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7.- Uhr. Die Abend-Ausgabe Wertheim am 8.- Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannesstraße 8.

Die Ausgabe ist Montag und Dienstag
abends von 8 bis 10 Uhr 7.- Uhr.

Filialen:

Otto Stamm's Buchhandlung (Alte Markt),
Wohlgebührstraße 2 (Neustadt).
Postamt 22, Seite 14, Post- und Telegraphen 2.

Nr. 485.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Mittwoch den 23. September 1896.

Wer ist Herr im Hause!

Die napoleonischen Kriege haben gewiß viel Dammen über Preußen gebracht, aber einen Vorwurf haben sie doch für diesen Staat gehabt; daß er das Großherzogtum Warschau, das er ein Jahrzehnt vorher erworben hatte, eindringlich verlor. Der Schwerpunkt Preußens hätte sonst so fast noch einen gravierenden, daß es seiner deutschen Aufgabe nicht hätte gerecht werden können. Außerdem war in jenem weiten Territorium deutsche Siedlungsarbeit doch nur sporadisch thätig gewesen, so daß Vereinigung und Möglichkeit der Germanisierung immerhin problematisch war.

Vollkommen anders aber verhält es sich mit den anderen Erwerbungen Preußens aus den Thüringen Polens, mit den Provinzen Westpreußen und Posen. Westpreußen war der deutschen Kultur schon im Mittelalter erobert worden und auch in den Städten des Provinz Posen war das deutsche Wirtschaftsleben zu den Zeiten der polnischen Monarchie in befriedigender Weise stand, so daß der Polen des 18. Jahrhunderts nicht reden — daß bestimmt Element, der Träger der Kultur gewesen. Das damals, also schon vor der Besiegereignung, an Kultur in jenen Provinzen bestand, war deutliche Arbeit, und nach der Besiegereignung war es eine wahre Herausleistung, deutsche Staaten, die Provinzen in verhältnismäßig so kurzer Zeit in einen den übrigen preußischen Provinzen annähernd ähnlichen wirtschaftlichen und kulturellen Zustand zu bringen. Hier ist also nicht nur Kraft der bürgerlichen Tatsachen, sondern auch Kraft des Rechtes der Arbeit der Deutsche Herr im Hause!

Ist er es? Hier hat der Deutsche nichts zu suchen, wenn bei dem jüngsten kanadischen Wahlkampf die überwältigende Polen den deutschen Kommissar zu einem Kult, die lebhaft an jenes „Wacht auf Ihr kommt, Ihr deutschen Kinder!“ das vor einigen Jahren bei den Kirchenwahlen in Graudenz erhofft, erinnert. Dieselbe Tatsatz liegt durch alle Vorwissensmärkte der jungen Monarchie; sie liegt auch im Brief des polnischen Geistlichen an den Deutschen, der ein deutsches Tanzgesetz verlangt hatte, sie liegt durch jene Bekleidungen, mit denen in Gegenwart der Schulmeister ein anderer Geistlicher einen Redner, der das Vaterland in deutscher Sprache berufen ließ, überwarf; sie liegt durch den Angriff auf Deutscn, die sich gestellt hatten, über Gewinnung des Reichstagswahlkampfes Rassismus zu geben, bis durch; sie ergibt vor unseren Augen, wenn wir lesen, daß ein deutscher Redner mit amüsicher Erlaubnis einer Revolution nach, um sein Leben gegen die Uteralische faschistische Polen zu schützen. Obzwar man da nicht sagen darf, daß über den deutschen Bewohner der Belagerungszustand verhängt ist, während die Polen frei herumlaufen und feiern können: „Wir sind hier Herr im Hause!“

Wie es sonst kommen konnte, das ist vielleicht, und auch von uns schon wiederholt erörtert worden. Über ein Factor ist bisher nur von uns im Beiträtsbericht der Nr. 467 abgegeben worden. Der frische Ueberfall in Opolenitzia hat seit Tag, nachdem der Kaiser bei seiner Anwesenheit in Görlich eine Anzahl polnischer Kreisräte ausgesondert hatte, stattgefunden; er fand statt anlässlich einer Huldigung, die dem Erzbischof von Stadtmühl galt, jemelben

Herrn, der acht Tage vorher vom Kaiser so lebhaft ausgesondert worden war. „Wer der deutsche Kaiser auszeichnetet, den können auch wir auszeichnen“, wohnten wiederer Polen denken, wenn auch ihre Huldigung tatsächlich eines dem Kaiser gewiß höchst unerwünschten Gehnungs entsprang. Diese Gehnungs konnte der Herr v. Stadtmühl gar wohl. Er wußte ganz genau, daß die Huldigung nicht dem Erzbischof des Polen galt — denn sein Preußischer Vater, der allerdings ein Deutscher gewesen war, hatte sich mit üblicher Huldigung zu erfreuen —, daß sie also nicht religiöser, kirchlicher Gehnungs und Verehrung entströmten, sondern daß dem polnischen Adelsraten galt, dem Prinzip Poloniae. Derselbe Mann aber, der die aufziehende Behandlung des deutschen Kaisers schmunzelnd eingestanden hatte, stellte ebenso schmunzelnd Huldigungen einer Menge ein, die von einem fanatischen Haß gegen das Deutsche kam und das mit auch gegen den deutschen Kaiser bestellt ist. Er ist damit ebenso verfahren, wie der Herr v. Kościelski, der ja auch in Görlich eingetragen war und der in jener Zeit, da er bei dem Monarchen in befeindeter Weise stand, sich doch nicht enthalten konnte, auf dem Congress zu Lemberg seine großpolnische und deutschstädtische Gehnungs zu Tage treten zu lassen. Herr v. Kościelski legte damals, wie wir wissen, auf die Begegnung zum Hofe sehr hohen Wert und hältte sehr traurige Gründe dafür, aber die anti-deutsche Gehnungs in ihm ebenso mächtig, daß sie über alle Erwägungen den Sieg davortrug, als Kościelski sich in einem Kreise von Gehnungsgegnern wünschte.

Aus diesem Beispiel möge, wie beständig der Kaiser entnehmen, daß auch Auszeichnungen die Polen von ihren großpolnischen und deutschstädtischen Gehnungs nicht abzuhalten vermögen. Wie sie gar nicht im Grunde darüber, daß der Monarch, wenn er polnische Adelsräte ausgesondert, von den ersten Gehnungs bestellt ist; er will zeigen, daß er zwischen seinen Landsleuten keinen Unterschied macht, er will die Gelegenheit verhindern, daß es das derzeitige Gedanke der Verhinderung, der in auch bei seinem Verhalten fremden Staaten und Staatenangehörigen gegenüber steht. Er will den Friedenskämpfer nicht nur aus Augen, sondern auch im Herzen, im Vaterlande seines. Das ist in so vieles Absicht, daß wir wirklich von tiefem Respekt davor ergriffen sind und daß es und natürlich nicht leicht wird, dagegen aufzutreten. Aber selbst ein fairerhafter Willke führt an unantastbaren Tatsachen. Und unantastbar ist der Hof des polnischen Adels und der polnischen Freiheit, unantastbar seine Absicht, das ehemalige polnische Reich neu zu stellen. Von dieser Absicht läßt sich auch durch Auszeichnungen eines Kaisers nicht abwenden, er kann sie vielmehr, um sich in den Augen seiner ländlichen und kleinbürgerlichen Gefolgschaft ein Reichtum zu geben und damit die polnische Sache zu fördern.

Das aber kann nicht in der Absicht eines deutschen Kaisers liegen und ganz gewiß nicht in der des Kaisers Wilhelm, der oft genug gezeigt hat, daß er Herr in seinem Hause zu sein möchte. Er läuft über Erfolg, in seinen östlichen Provinzen nicht mehr Herr zu sein, wenn nicht aus er sich der Aufsicht entzieht, daß das Potentat auf der ganzen Linie höchstes bestimmt werden muss, und die polnische Aristokratie vor allen Dingen. Nur dann, wenn auf deutscher Seite ein ehrwürdiges Verfahren eingeschlagen wird — und die

höchste Stelle mag natürlich an der Spitze dieses Verfahrens stehen — nur dann ist es möglich, die Wiederholung von Verfällen zu verhindern, die das deutsche Ansehen untergraben.

Deutsches Reich.

id. Leipzig, 22. September. Das Ergebnis der in der letzten sozialdemokratischen Parteiveranstaltung abgelegten Delegiertenwahl zum Reichstag ist folgendes: Abgeordneten wurden insgesamt 219 Stimmen. Erwählten die Herren 199, Greiz 106, Leibnitz 105, Beyer 126, Steimann 128, Johannes 81, sowie die Frauen Weber 129 und Jäger 124 Stimmen. Gewählt sind also die Herren Lange, Greiz, Leibnitz, Beyer und Frau Weber. Von besonderem Interesse ist die Wahl des Herrn Greiz. Dieser hatte in der gestrigen Parteiveranstaltung ausdrücklich erklärte, er sei zwar durchaus kein Anarchist, aber er sei für einen freien Meinungsaustausch mit den Anarchisten und er betrachte seine Wahl als einen Gracefall dafür, inwieweit der freie Meinungsaustausch überwunden aufrecht erhalten werden sollte. Herr Greiz hatte auch in einer früheren Parteiveranstaltung gegen die das Ausstreichen der Anarchisten auf dem Kontinent feststellende Resolution gestimmt. Herr Dr. Schönlanck verlangte deshalb in seiner Erregung, daß den Delegierten die Fähigkeit aufrechterhalten werden sollte, in Gottha der eben erwähnte Resolution genüg zu handeln und zu stimmen. Die gestrige Wahlversammlung, welche für einen solchen Vertrag allein genügend wären, sah jedoch keinen Vertrag als bestimmt.

* Dresden, 22. September. (Teleg.) Der Gardinenarbeiter Heinz Loh wurde wegen Vergehen gegen § 120 des Cr.-G.-V. (Aufzehrung zum Staatsbank) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte batte am 23. Juli nach einer Versammlung des gleichnamigen Anarchisten-Clubs „Streitender Verein“ eine Großrede, bei der er die Werte eines Rebellen oder „Die Notwendigkeit der Revolution“ verbreitete. Der Gerichtshof erkannte auf Einholung der Prokura und Vernehmung der dazu verhorenen Partei, daß er nach dieser Ansicht entweder politische Gefahr einnehme oder seine Wahl in den Reichstag zu verhindern, und daß es ihm ganz und gar fern gelegen, sich von seinen politischen Freunden trennen, in dem Fall er gewiß machen wäre, obzwar er in den Reichstag gewählt werde, einer anderen Partei anzugeschließen. Dr. Gußfeldt, welcher persönlich in der Wahlversammlung anwesend war, gab ebenfalls die Erklärung ab, daß er persönlich nicht daran glaube, mit den Nationalliberalen wegen einer gemeinsamen Wahlkampf verhandeln zu müssen. Der Bericht lautet:

„Der Vorsitzende des Volksvereins Reichskonsortium Weiß erklärte an, welche Dr. Gußfeldt abgesagt, eine Kandidatur zum Reichstag anzunehmen. Verkündet seien die Behauptungen, als habe der Vorstand mit den Nationalliberalen wegen einer gemeinsamen Wahlkampf verhandelt, umso mehr als niemand davon gehört habe, der von irgend einer Seite verlangt worden, Dr. Gußfeldt, wenn er in den Reichstag gewählt werde, einer anderen Partei anzuschließen. Der freie Meinungsaustausch überwunden aufrecht erhalten werden sollte. Herr Greiz hatte auch in einer früheren Parteiversammlung gegen die das Ausstreichen der Anarchisten auf dem Kontinent feststellende Resolution gestimmt. Herr Dr. Schönlanck verlangte deshalb in seiner Erregung, daß den Delegierten die Fähigkeit aufrechterhalten werden sollte, in Gottha der eben erwähnte Resolution genüg zu handeln und zu stimmen. Die gestrige Wahlversammlung, welche für einen solchen Vertrag allein genügend wären, sah jedoch keinen Vertrag als bestimmt.“

* Berlin, 22. September. „Die beste Taktik ist der Sieg!“ sagte der Polen Eugeniusz Czapski v. Stadtmühl. Und von diesem Gedanken aus verlangte er den Districtscommissioner Perca von Garncarz, weil dieser sich ihm auf den Wahlkampf von Opolenitzia am Abende des 14. September blauäugig geschlagen hatte zeigen wollen. Ein „Prinz von Polen“ ist nämlich in Erwähnung eines Ermangelns eines königlichen Vertreters der polnischen Sonderherrschaft. Eben so bedenkliche Herren darf man sich natürlich nicht gegen dessen Wunsch in einem derartigen Aufzuge vorstellen, selbst wenn man den eigenen „Unterhändler“ des beiden Herrn derartig angemahnt wurde. Czapski gesteht: die Aufzage mit einem geballten National-Potential bei den geistlichen Kreisen des Herrn Bischofs v. Stadtmühl sind selbst einem Teil der polnischen Presse bereits georgt worden; so fragt der „Postbeamte“ darüber, daß bei diesen Anlässen die Banen im Krakauer

„Sieg“ sagten, hätten keine politischen Freunde möglichen. Bismarck's Bedenken und das Zuladenkommen eines einzigen deutscher Unterstützer würden mit den Fehlern, die er noch Erinnerung des deutschen Reichs drogieren, nichts zu thun. Gleichzeitig aber des Wackers auf, daß seine deutschnahe Tätigkeit es in diesem Sinne habe er um freien Raum unbedingt machen müssen, wenn er eventuell in den Reichstag gewählt werden würde. Im Hinblick auf den nationalliberalen Delegiertenstag ist es ganzfördernd, daß die „gerettet“ und die nicht „gerettet“ gewordenen Freiheiten wieder einmal sich in Erinnerung bringen.

* Berlin, 22. September. Eine sozialdemokratische Parteiconferenz für die Provinz Brandenburg tagte am Sonntag in Cöln's Festhalle. Namens der Agitationsskommission eröffnet Kaufmann. Eintritt der Redenabschluß, der konstatierte, daß gegenwärtig eine gewisse Erichaffung in der Agitation eingetreten ist. In Folge der

Feuilleton.

Bismarck und Treitschke.

In dem Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“, das unter andern Beiträgen und einer Ausgabe von Büchern über die östliche Nordlandkreise Seiner Majestät des Kaisers enthielt, veröffentlicht Paul Baillot den ersten bis 1866 reichenden Teil einer biographischen Studie über Heinrich v. Treitschke mit einem Anhang von Briefen des Vereinigten, die ihm von den Hinterlebten und von anderer Seite zur Verfügung gestellt sind. Neben sehr charakteristischen Briefen von G. Branting, R. Haas und Anteren, die nur auszugleichen gewünscht werden, verdient besonders Interesse ein bisher unbekannter von Baillot vollständig veröffentlichter Briefwechsel zwischen Bismarck und Treitschke, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von 1866, über welchen die „R. V. S.“ nach den überlieferten Ausschlaggedenen folgende Mitteilungen machen kann:

einen bescheidenen Anteil zu nehmen; nur bitte ich, nicht zu vergessen, daß meine Unabhängigkeit mein heiles Gut ist, und ich nicht daran denken darf, sie aufzugeben.“

Wenige Tage später, am 7. Juni, formulierte Treitschke aus Greifswald an Bismarck: „... Die formellen Bedenken, welche meiner Reise nach Berlin im Wege stehen, sind nicht unüberwindlich. Gewissme ist in wirths die Überzeugung, daß meine Anwendung in Berlin nicht ganz unrichtig sei, so würde ich mich verpflichtet halten, meine Prothesen, falls auf etwas tumultuarische Weise, niedergelegen. Anders steht es mit einem grundlegenden Anhänger nicht mehr Herr zu sein, wenn nicht aus er sich der Aufsicht entzieht, daß das Potentat auf der ganzen Linie höchstes bestimmt werden muss, und die polnische Aristokratie vor allen Dingen. Nur dann, wenn auf deutscher Seite ein ehrwürdiges Verfahren eingeschlagen wird — und die

die größten Schwierigkeiten bereiten. Ein. Czapski findet unter seinem Bank durch die Gnade des Himmels fast wunderbar erhalten worden. Würde es Ihnen auch gelingen, den Frieden im Innern herzustellen, der für das Gelingen Ihrer groß gedachten nationalen Pläne notwendig ist. So lange ich ausgewählte Preußen lebe, in meine politische Aufgabe leide. Sobald ich mit der königlichen Regierung in irgend einer Beziehung trete, möchte ich auch an meinem Thile die Verantwortung für Ihre innere Politik übernehmen; und dies ist mir unmöglich, so lange der Rechtsboden der Verfassung nicht hergestellt ist. Empfangen Em. Czapski meine herzlichen Wünsche zu dem Beginn des großen Kampfes, der jetzt wohl endlich ausbrechen wird.“

Graf Bismarck setzt erwiderte hierauf mit folgendem Briefe (11. Juni): „Em. Czapski geboren sage ich meinen verbindlichen Dank für Ihre überwundene Schilderung der Anwendung des Budgetrechts der Abgeordneten als eine unabkömmlige Notwendigkeit; keine Kunst der Welt wird je etwas tumultuarische Weise, niedergelegen. Anders steht es mit einem grundlegenden Anhänger nicht mehr Herr zu sein, wenn nicht aus er unbedingt unzulässig ist. Empfangen Em. Czapski meine herzlichen Wünsche zu dem Beginn der großen Kampfes, der jetzt wohl endlich ausbrechen wird.“

Em. Czapski erwiderte hierauf mit folgendem Briefe (11. Juni): „Em. Czapski geboren sage ich meinen verbindlichen Dank für Ihre überwundene Schilderung der Anwendung des Budgetrechts der Abgeordneten als eine unabkömmlige Notwendigkeit; keine Kunst der Welt wird je etwas tumultuarische Weise, niedergelegen. Anders steht es mit einem grundlegenden Anhänger nicht mehr Herr zu sein, wenn nicht aus er unbedingt unzulässig ist. Empfangen Em. Czapski meine herzlichen Wünsche zu dem Beginn der großen Kampfes, der jetzt wohl endlich ausbrechen wird.“

Trotz seiner „grenzenlosen Verachtung“ — so sagt er selbst — gegen die Parteidemokraten der Fortschrittspartei setzte Treitschke auch einen Ruf Bismarck's ab, in Dresden wegen der Würde des inneren Conflictus in Preußen, in Sorge um sein kostbares Gut, den Ruf seiner Unabhängigkeit. Er erwiderte Bismarck (14. Juni), der Vorsitzerversammlung erkannte ihm als ein Meisterwerk, und nach zwei gewonnenen Schlachten würden wohl auch die deutschen Deputate zu stimmen sein; aber ein definiertes Manifest zu schreiben, vernegte er, wie er bemerkte „mit liebem Sonnenze“. „Es ist.“ so erwiderte er an Bismarck, „sehr wünschenswert, daß das Manifest warm und eindrücklich geschrieben sei; gleichzeitig wichtiger bleibt doch, was darin gezeigt wird. Und fragen mich Em. Czapski, was gezeigt wird müssen, so lange ich immer nur antworten: das Widerstand der Nation gegen die lönigl. Regierung ist leider geringer; um es zu mildern, giebt es schlechterdings nur ein Mittel — die Herstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Kantabtes. Sie dieses Mittel unanwendbar (und ich weiß nur zu wenig, daß die Verbindung der Fortschrittspartei eine Verbindung unverzichtbar ist), so wird auch ein solches und groß geschriebenes Manifest in der Weise der Nation keinen Widerstand führen. Die Zahl der wirklich politischen Männer, welche für den Vorsitzabstand zu erheben vermögen, ist in Deutschland verschwindend gering. Worte sind dann natürlich; nur von siegreichen Schlachten kann wir dann noch eine Zustimmung der Nation erwarten.“

Man sieht, welche Bedeutung auch ein Mann wie Treitschke dem inneren Conflict in einem Augenblicke beimisst; und in der That beweist es leider erst „siegreicher Schlachten“, um eine „Umstimmung“ der Nation herbeizuführen. Vorsitzant aber wäre es, schlußfolger, ob der erste und dringende Wahl Treitschke, den Verfassungskreis in Preußen beizulegen, auf Bismarck irgend eine Wirkung gehabt hat. Baillot hält es wenigstens für nicht unwahrscheinlich. Er erinnert daran, daß wenige Tage nach Empfang des letzten Schreibens von Treitschke Bismarck selbst den damaligen Vice-Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn v. Ullrich, zu sich bestieben und in einer langen Unterredung, über die Ullrich selbst in seinen Denkschriften ausführlich und glaubhaft berichtet, die Möglichkeit einer Ausgleichung des inneren Konflikts erörtert hat.

Morgen-Ausgabe.

Beispiel-Preis

Die abgedruckte Zeitung 20 Pf.

Zeitung unter dem Titel „Reichszeitung“ (4.-50,-), vor dem Titel „Reichszeitung“ (4.-50,-)

Überreiche Sachen und andere Preise

und Werte nach dem Titel „Reichszeitung“ (4.-50,-)

Extra-Beilage (gelebt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postabrechnung

4.-50,- mit Postabrechnung 4.-50,-

Annahmestellung für Anzeigen:

Morgen-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr.

Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Bei den Höfen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.

Anzeigen soll hier zu die Expeditionen gezeigt.

Druck und Verlag vor E. Volz in Leipzig.

90. Jahrgang.